// Im Blickpunkt

Das am 1.11.2008 in Kraft getretene Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) regelt in § 16 Abs. 3 GmbHG erstmals den gutgläubigen Erwerb von GmbH-Geschäftsanteilen. Nachdem *Bednarz* in BB 2008, 1854 der Frage nachgegangen ist, ob die Gesellschafterliste in ihrer neuen Form als Rechtsscheinträger für einen gutgläubigen Erwerb geeignet ist, untersucht *Apfelbaum* im aktuellen Beitrag speziell das Tatbestandsmerkmal der Zurechenbarkeit i. S. v. § 16 Abs. 3 S. 2 GmbH. Denn nur wenn die Unrichtigkeit der Gesellschafterliste dem tatsächlichen Rechtsinhaber zuzurechnen ist, ist ein gutgläubiger Erwerb uneingeschränkt möglich.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

Entscheidungen

BGH: Zur Pflicht des Insolvenzverwalters, seine Leistungsfähigkeit bzgl. neuer Forderungen zu prüfen

Mit Beschluss vom 25.9.2008 – IX ZR 235/07 – hat der BGH entschieden: Die besondere Pflicht des Insolvenzverwalters, sich zu vergewissern, ob er bei normalem Geschäftsablauf zur Erfüllung der von ihm begründeten Forderungen mit Mitteln der Masse in der Lage sein wird, bezieht sich auf die primären Erfüllungsansprüche und nicht auf Sekundaransprüche (Klarstellung von BGHZ 159, 104, 110).

Volltext des Beschl.: // BB-ONLINE BBL2008-2469-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Kreditfinanzierte Kapitalanlage – Zurechnung der vom Vermittler geschaffenen Haustürsituation

Mit Urteil vom 23.9.2008 – XI ZR 266/07 – hat der BGH entschieden: Die von dem Vermittler einer kreditfinanzierten Kapitalanlage geschaffene Haustürsituation ist der finanzierenden Bank nicht zuzurechnen, da der Vermittler nicht im Namen und für Rechnung der Bank gehandelt hat, wenn diese in den Vertrieb der Kapitalanlage nicht eingebunden war, sondern als Hausbank des Verbrauchers auf dessen Wunsch um die Finanzierung gebeten worden ist.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-2469-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Zur Darlegungs- und Beweislast beim Berufen auf das Fehlen der Vertretungsmacht

Mit Urteil vom 23.9.2008 – XI ZR 262/07 – hat der BGH entschieden: Macht der Gläubiger eines Bereicherungsanspruchs geltend, der als Rechtsgrund seiner Leistung in Betracht kommende Vertrag sei unwirksam, weil er bei dessen Abschluss nicht wirksam vertreten worden sei, hat er die tatsächlichen Voraussetzungen des Fehlens der Vertretungsmacht, ggf. auch des Fehlens einer Rechtsscheinvollmacht gemäß §§ 171 f. BGB darzulegen und zu beweisen.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-2469-3 unter www.betriebs-berater.de

OLG Naumburg: Zur Überwachungspflicht der Bank im Rahmen eines Baukredits

Das OLG Naumburg hat mit Urteil vom 8.5.2008 – 2 U 172/07 – entschieden, dass eine Bank, die gegen Sicherheiten einen Baukredit gewährt, grundsätzlich nicht verpflichtet ist, im Interesse der Kreditnehmer/Sicherungsgeber den Baufortschritt und die zweckentsprechende Verwendung der Darlehensgelder zu überwachen.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-2469-4 unter www.betriebs-berater.de

OLG Schleswig: Bremsgeräusche als Mangel beim PKW-Kauf

Das OLG Schleswig hat mit Urteil vom 25.7.2008 – 14 U 125/07 – entschieden: Ein Komfortmangel in Form von wiederholten, quietschenden Bremsgeräuschen während einer längeren Phase nach Fahrtantritt bei feuchter Witterung, die auch bei geschlossenem Fenster zu vernehmen sind, stellt bei Fahrzeugen der gehobenen Kategorie in einer Preisklasse von 75 000 Euro einen erheblichen Mangel dar, weil die Komforteinbuße beträchtlich ist und der Käufer berechtigterweise erwarten durfte, dass eine solche nicht auftritt.

Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2008-2469-5 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung

Neue Dax-Regeln der Deutsche Börse AG

Infolge der Kursturbulenzen der VW-Aktie hat die Deutsche Börse AG ab 3.11.2008 ihr Regelwerk für Aktienindizes dahingehend verschärft, dass ein Indexwert außerhalb der regulären Anpassungstermine aus DAX, MDAX oder SDAX herausgenommen werden kann. Voraussetzung ist, dass die Aktie an einem Handelstag mehr als 10 % Gewichtung in dem entsprechenden Index hat und sie hohen Kursschwankungen unterworfen ist. Die Volatilität des Kursverlaufs der vorangegangenen 30 Handelstage darf annualisiert den Wert von 250 Prozent nicht übersteigen. Die Entscheidung über eine vorzeitige Herausnahme erfolgt am Ende des zweiten Handelstages nach dem Tag der vom Vorstand der Deutsche Börse AG in Abstimmung mit dem Arbeitskreis Aktienindizes getroffenen Entscheidung.
(Quelle: PM Deutsche Börse AG vom 31.10.2008)

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie

Das Bundeskabinett hat am 5.11.2008 den Gesetzentwurf zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) beschlossen. Nach den Vorgaben der Richtlinie wird die grenzüberschreitende Information und Stimmrechtsausübung der Aktionäre erleichtert. Daneben zielt der Gesetzentwurf auf eine Erhöhung der Hauptversammlungspräsenzen und enthält eine Neuordnung des gesamten Fristenregimes vor der Hauptversammlung. Schließlich vereinfacht er das Vollmachtsstimmrecht der Banken und erschwert den räuberischen Aktionären das Geschäft.
(Quelle: PM BMJ vom 5.11.2008)

Bundeskabinett stärkt Verbraucherschutz

Das Bundeskabinett hat am 5.11.2008 den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Verbraucherkreditrichtlinie, des zivilrechtlichen Teils der Zahlungsdiensterichtlinie sowie zur Neuordnung der Vorschriften über das Widerrufs- und Rückgaberecht beschlossen. Mit diesem Gesetz werden die genannten Richtlinien in nationales Recht umgesetzt. Das Gesetz muss noch vom Deutschen Bundestag beraten und verabschiedet werden. Es soll am 31.10.2009 in Kraft treten. Einer Zustimmung des Bundesrates bedarf es nicht.
(Quelle: PM BMJ vom 5.11.2008)

Ständige Mitarbeiter im Wirtschaftsrecht: Prof. Dr. Dr. Jürgen Ensthaler, Berlin; **Prof. Dr. Markus Gehrlein**, Richter am BGH, Karlsruhe; **RA Dr. Nils Krause**, Hamburg; **RA Dr. K. Jan Schiffer**, Bonn; **RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen**, Köln